

Aufstellungsbeschluss

Der Haupt- und Personalausschuss der Stadt Stendal hat in seiner Sitzung am **05.11.2007**, der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am **07.06.2008** öffentlich bekannt gemacht worden.

Stendal den **22.07.09**



Außenbereichssatzung Nr. 4/07 „Gardelegener Straße“

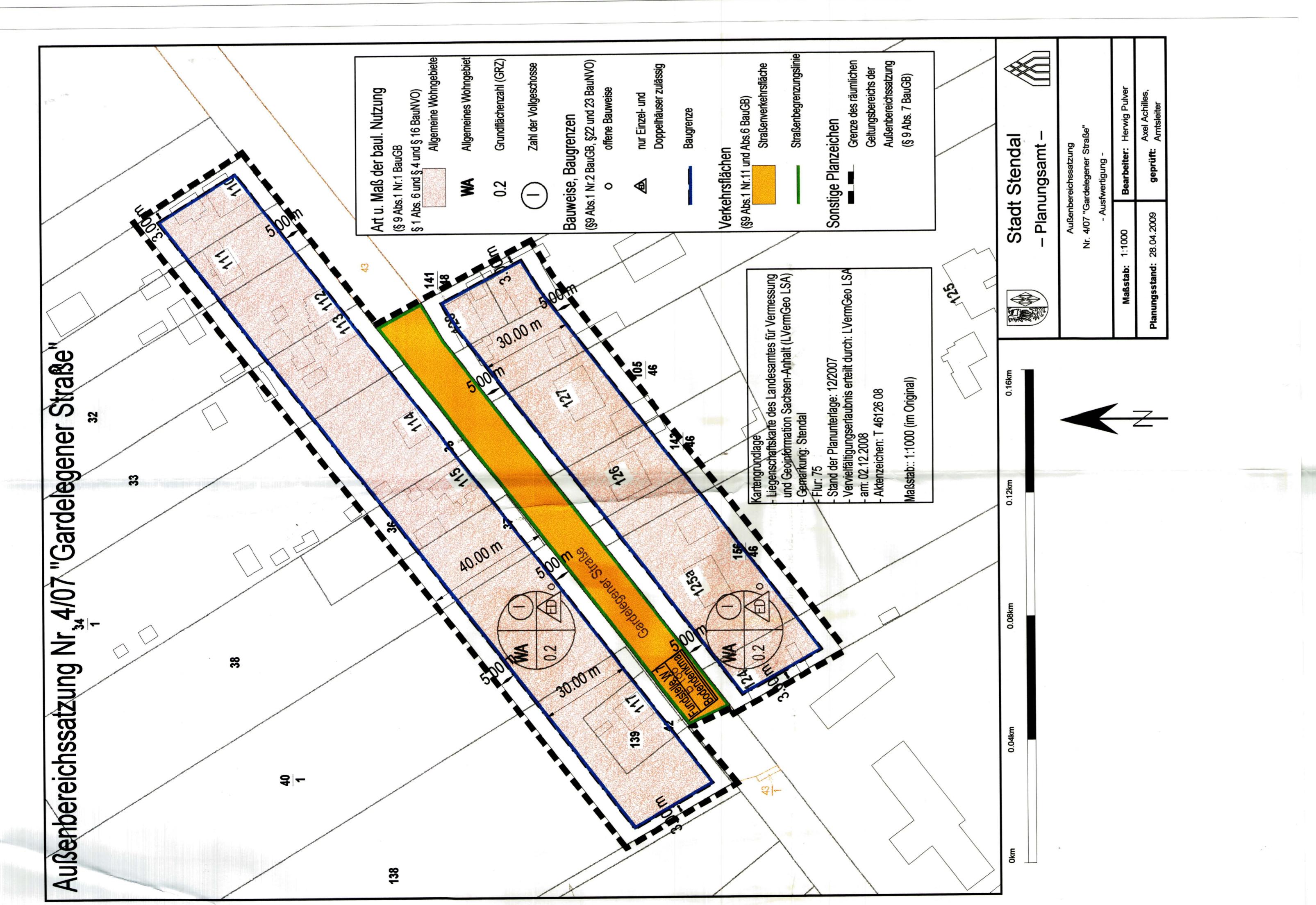
Rechtsgrundlagen

- (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I, S. 244), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte vom 21.12.2006 (BGBl. I, S. 3316) in der derzeit gültigen Fassung
- (2) Baunutzungsverordnung (BauNVO) im BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I, S. 466) vom 22.04.1990 (BGBl. I, S. 333) in der derzeit gültigen Fassung
- (3) Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 12.02.2005 (BGBl. I, S. 2797) in der derzeit gültigen Fassung
- (4) Planzeichenanordnung (Planzy. 90) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBl. I, S. 58) in der derzeit gültigen Fassung
- (5) Naturschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (NatSchG LSA) vom 23.07.2004 (GVBl. LSA, 41/2004, S. 454), zuletzt geändert durch Art. 3 Drittes Investitionsförderungsgesetz vom 22.06.2005 (GVBl. LSA 67/2005, S. 769) in der derzeitig gültigen Fassung
- (6) Denkmalschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (DenkSchG LSA) vom 21. Oktober 1991 (GVBl. LSA, S. 368), zuletzt geändert durch Art. 3 Drittes Investitionsförderungsgesetz vom 20.12.2005 (GVBl. LSA S. 769) in der derzeitig gültigen Fassung
- (7) Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.10.1993 (GVBl. LSA, Nr. 43, S. 569) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26.05.2009 (GVBl. LSA S. 238, 239) in der derzeitig gültigen Fassung

Textliche Festsetzungen

§ 1 Räumlicher Geltungsbereich

- Der Geltungsbereich des 192 ha großen Plangebietes liegt in der Gardelegener Straße in der Gemarkung Stendal Flur 75 und wird begrenzt:
- nördlich der Gardelegener Straße
 - im Norden durch die nördliche Grenze eines 40 m breiten Korridors parallel zur nördlichen Grenze der Gardelegener Straße
 - im Osten durch die westliche Grenze des Flurstückes 29 der Flur 75
 - im Süden durch die nördliche Grenze der Gardelegener Straße
 - im Westen durch die westliche Grenze des Flurstückes 138 der Flur 75



Satzungsbeschluss

Der Stadtrat der Stadt Stendal hat nach Prüfung der abgegebenen Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am **30.03.2008** die Außenbereichssatzung Nr. 4/07 „Gardelegener Straße“ beschlossen.

Stendal, den **22.07.09**

Ausfüllungsvorvermerk

Die Außenbereichssatzung Nr. 4/07 „Gardelegener Straße“ wird hiermit ausgeriefen.

Stendal, den **22.07.09**

Inkrafttreten

Der Satzungsbeschluss über die Außenbereichssatzung Nr. 4/07 „Gardelegener Straße“ steht bei der Stadt Stendal während der Dienstzeit von jedem eingesessenen Stellvertreter zu erhalten ist, sind dem Amtshaber für den Landkreis Stendal öffentlich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Voraussetzung für die Verleihung der Vorschriften sowie auf Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erfüllbarkeit von Einschaltungsansprüchen (§§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung ist am **05.11.2007** in Kraft getreten.

Stendal, den **05.11.07**

Inkrafttreten

Der Satzungsbeschluss über die Außenbereichssatzung Nr. 4/07 „Gardelegener Straße“ steht bei der Stadt Stendal während der Dienstzeit von jedem eingesessenen Stellvertreter zu erhalten ist, sind dem Amtshaber für den Landkreis Stendal öffentlich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Voraussetzung für die Verleihung der Vorschriften sowie auf Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erfüllbarkeit von Einschaltungsansprüchen (§§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung ist am **05.11.2007** in Kraft getreten.

Stendal, den **05.11.07**

Geltungsdurchsetzung von Vorschriften

In mehr als einem Jahre nach Inkrafttreten der Außenbereichssatzung Nr. 4/07 „Gardelegener Straße“:

1. ist eine beachtliche Verletzung mit § 216 BauGB im Satzungsverfahren von Verfahrens- und Formvorschriften gemäß § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis der Satzung und des Flächennutzungsplanes und
2. eine gemäß § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das schriftlich gegenüber der Stadt unter Differenz des die Verleihung begründeten Sachverhalts.
3. sind Mängel des Abwägungsverfahrens gemäß § 214 Abs. 3 BauGB

Stendal, den **05.11.07**

Geltungsdurchsetzung der Verletzung von Vorschriften

In mehr als einem Jahre nach Inkrafttreten der Außenbereichssatzung Nr. 4/07 „Gardelegener Straße“:

1. ist eine beachtliche Verletzung mit § 216 BauGB im Satzungsverfahren von Verfahrens- und Formvorschriften gemäß § 214 Abs. 2 BauGB nicht geignet / gefindet gemacht worden.
2. eine gemäß § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis der Satzung und des Flächennutzungsplanes und
3. sind Mängel des Abwägungsverfahrens gemäß § 214 Abs. 3 BauGB

Stendal, den **05.11.07**

Umweltverträglichkeit, Eingriffs- und Ausgleichsmaßnahmen

Umweltverträglichkeit (§ 2 Abs. 4, § 2a u. § 35 Abs. 6 Satz 4 Nr. 2 BauGB)
Eine Umweltverträglichkeitsprüfung bzw. allgemeine Vorprüfung gemäß Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG), eine Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB und ein Umweltbericht gemäß § 24 BauGB ist nicht erforderlich.

Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in Natur u. Landschaft (§§ 18 bis 23 NaSchG LSA)

- (1) Vorhaben im Bereich der Außenbereichssatzung gemäß § 18 NaSchG LSA, die einer Genehmigung nach § 19 NaSchG LSA bedürfen.
 - (2) im Genehmigungsverfahren entscheidet die zuständige Genehmigungsbehörde im Belehrer mit der Naturschutzbefreiung der gleichen Verleihungsstufe gemäß § 23 Abs. 2 NaSchG LSA, über die Art und den Umfang der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und wann diese durchzuführen.
 - (3) Der beilegende Plan ist Bestandteil dieser Satzung.
- (2) Maß der baulichen Nutzung (§§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 16 Abs. 2 und 3 sowie § 19-20 BauNVO)
 - Die Grundflächenzahl (GRZ) wird mit 0,2 festgesetzt.
 - Es ist maximal ein Vollgeschoss zulässig.
- (3) Bauweise, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i. V. m. §§ 22 und 23 BauNVO)
 - Die durchbaubare Grundstücksfläche wird durch eine Baugrenze festgesetzt und weist eine Bauteile von 30,00 m auf.
- (4) Flächen für Stellplätze und Garagen mit ihren Entferntn (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i. V. m. § 12 Abs. 6 BauNVO)
 - Je Baugrundstück sind max. zwei Stellplätze überdachte Stellplätze (Carports) oder Garagen zulässig. Carports und Garagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.
- (5) Immissionschutz (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
 - Als Maßnahme des passiven Lärmschutzes werden im Satzungsbereich Schallschutzelemente der Klasse 2 vorgeschrieben.

Hinweise

Hinweise auf mögliche archäologische Bodenfunde (§ 9 Abs. 6 BauGB)
Im westlichen Bereich des Plangebiets sind nördlich der Gardelegener Straße, befindet sich die archäologische Fundstelle W. Bei der Fundstelle handelt es sich um ein wichtiges Fundobjekt einer Siedlung des Mittelalters. Es ist davon auszugehen, dass im gesamten Plangebiet Funde auftreten können. Bei Funden oder Vermutungen sind die Bedingungen und Auflagen des Denkmalschutzes gemäß § 9 Abs. 3 und § 14 Abs. 2 Denkmalschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt zu beachten.

Inkrafttreten

Die Außenbereichssatzung wird durch den Stadtrat der Stadt Stendal beschlossen und tritt mit der Bekanntmachung des Beschlusses im Amtsblatt des Landkreises Stendal in Kraft.